

# Städtevergleichende Auswertungsprogramme zur Volkszählung 1983

## Informationsbedürfnis der Städte für vergleichende Daten

Es entspricht dem Prinzip unseres Gesellschaftssystems, sich miteinander im Wettbewerb zu vergleichen. Dies ist nicht nur auf die Sphäre der Ökonomie beschränkt, sondern läßt sich auch für den Bereich der öffentlichen Hand feststellen. Für die Kommunen erklärt sich das Bedürfnis nach vergleichenden Daten aus der Relativierung der Leistungskraft sowohl ökonomisch als auch im Sinne einer ausgewogenen Entwicklung und Versorgung der eigenen Stadt im Vergleich zu anderen Städten. Städtevergleiche können als eine Säule kommunaler Strukturanalysen betrachtet werden, deren Ergebnisse der Stadtentwicklungsplanung, dem Verwaltungsvollzug, aber auch den politischen Gremien zugute kommen. Zur Transparenz dieser Beobachtungen tragen die regelmäßigen Veröffentlichungen interkommunaler Vergleichsdaten in den Jahrbüchern und Statistischen Reihen der kommunalen Statistischen Ämter bei und erschließen diese Daten auch der Forschung und interessierten Außenstehenden. Es sei auch an die Publikationen des Deutschen Städtetags\*) erinnert, die das Angebot an städtischen Vergleichsdaten erweitern.

## Volkszählungsergebnisse; ein hoch verdichtetes Datenangebot

Trotz der Automation des Verwaltungsvollzuges in vielen Kommunen (Einwohnerregister, Gebäudedatei, Infrastrukturdateien) erbringen die erfragten Sachverhalte dieser Volks-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung ein Datenangebot, an das die einzelne Kommune im Normalfall nicht (Pendlerströme) oder nur mit hohem organisatorischen und finanziellen Aufwand herankommt (z. B. Haushaltsstruktur). Die Stichtagsbezogenheit der Zählung ermöglicht eine problemlose Zusammenführung der Zählungsteile und ergibt für den zwischengemeindlichen Vergleich zuverlässige Ergebnisse. Bedauerlicherweise ist durch den Wegfall der allgemeinen Grundstücks- und Gebäudeerhebung und die Beschränkung auf einige gebäudestatistische Fragen der Informationsbedarf der Gemeinden an Bau- und Wohnungsdaten nicht befriedigt worden.

Die Frage, ob die zu erhebenden Sachverhalte ersatzweise auch durch eine Stichprobe in gleicher Weise gewonnen werden könnten, wird kontrovers diskutiert. Fest steht jedoch, daß bei räumlicher Feingliederung der Ergebnisse auf Block- oder Blockseitenebene eine Vollerhebung unumgänglich ist, zumal durch die in § 9 Abs. 3 Satz 2 Volkszählungsgesetz getroffene Regelung den Gemeinden für Zwecke der gemeindlichen Planung Einzelangaben der Volks-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung zugesagt werden. Da nicht in allen Städten die Möglichkeiten moderner Aufbereitungstechniken, anhand von Bandabzügen kleinräumige Auswertungen vorzunehmen, gegeben sind, werden die Statistischen Landesämter im Rahmen ihrer regionalen Tabellenprogramme auch ein Blockprogramm zur Verfügung stellen. Die Voraussetzungen dafür sind im Ordnungssystem der Zählung vorgesehen. Die Zählerliste sieht für die kleinräumige Verschlüsselung von Gemeindeteil (entspricht in größeren Städten den statistischen Bezirken), Block, Blockseite und Straße vor. Das Leistungsangebot der Amtlichen Statistik deckt hierbei allerdings nur einen Teil des möglichen Spektrums kleinräumiger Aufbereitung ab.

Da die Zählung als einmalige Momentaufnahme rasch an Aktualität verliert, stellt sich die Frage, wie ihr Informationswert gesteigert werden kann. Dies wird von etlichen Gemeinden durch Zusatzerhebungen, die die Verknüpfung mit Zensusdaten zulassen, realisiert.

\*) Deutscher Städtetag, Hrsg.: Vergleichende Großstadtstatistik, Bearbeitung: Statistisches Amt der Stadt Köln. Deutscher Städtetag, Hrsg.: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden.

Trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Durchführung der Volkszählung im Zuge einer unter der Bevölkerung festzustellenden gewissen Auskunftsverdrossenheit und einer zunehmenden Sensibilisierung für die Belange des Datenschutzes lassen doch Rechtsgrundlage und Publizität des Zählungswerkes eine weitgehende Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Daten erhoffen.

### **Inhalte städtevergleichender Volkszählungsauswertungen**

Die Überlegungen zu einem städtevergleichenden Auswertungsprogramm der Volkszählung werden sich an der Frage orientieren, ob durch das erweiterte Datenangebot ein von den laufenden interkommunalen Vergleichen nicht abgedecktes Informationsbedürfnis befriedigt werden kann. Das setzt voraus, daß die Erkenntnisprobleme, die sich dahinter verbergen, zwischen den Gebietskörperschaften, die sich vergleichen wollen, gleich sind. Ein gemeinsames Anliegen der Städte ist sicherlich die Durchleuchtung der Nichtwohnbevölkerung bzw. der wohnberechtigten Bevölkerung am Ort. Mit dem Volkszählungstichtag ist die exakte Ermittlung des Personenkreises, der die Differenz zwischen der Wohnbevölkerung (Amtliche Einwohnerzahl) und der wohnberechtigten Bevölkerung (Einwohner am Ort mit weiterem Wohnsitz, aber nicht dem Hauptwohnsitz) aufweist, möglich. Die Kenntnis der Struktur dieser Personengruppe ist für die Städte deshalb von Bedeutung, weil der statistische Wohnbevölkerungsbegriff, der Nebenwohnsitzler, die von ihrem Nebenwohnsitz aus ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen, als Bezugsgröße (für Kennziffern, Versorgungsgrade, Geburten- und Sterberaten) mit einbezieht. Es ist deshalb verständlich, daß die Diskussion um die Feststellung der Amtlichen Einwohnerzahl nach der Volkszählung 1983 im Lichte des neuen Meldegesetzes von den Städtestatistikern aufmerksam verfolgt wird. Im Blickwinkel des Interesses demografischer Zensusdaten stehen bei den Gemeinden mit Sicherheit die Zahlen, die die Haushalts- und Familienstatistik ausfüllen. Ein- und Mehrpersonenhaushalte, Anstaltshaushalte sowie die sich hieraus ergebenden verschiedenen Haushaltstypen sind nur einige Merkmalsgrößen, deren Kenntnis für die kommunale Entwicklungsplanung, den Verwaltungsvollzug und die politischen Gremien von großer Bedeutung sein werden. Dagegen ist es durch den Aufbau des vorliegenden Haushaltsbogens nicht möglich, die nichtinstitutionalisierten Familienverbände (Wohngemeinschaften, Paare), deren Zahl in den letzten Jahren ständig gestiegen ist, statistisch zu erfassen. Den Großstädten, wie z. B. München, die über eine in ihr Informationssystem integrierte Haushalts- und Familienstatistik\*) verfügen, erschließen diese Sachverhalte eine Datenbasis, mit der die demografischen Fragemuster erweitert werden können und vor allen Dingen zu aussagekräftigeren Ergebnissen führen, als dies bislang auf der Basis alter Dateien möglich war.

Im Zuge einer allgemein konstatierten angespannten Arbeitsmarktlage gewinnen die Fragen 7 bis 12 des Haushaltsbogens, die sich mit der Erwerbstätigkeit, Stellung in der beruflichen Hierarchie sowie dem Schulabschluß befassen, auch für die Kommunen an Bedeutung. Vermittelt doch die Momentaufnahme der Erwerbsbevölkerung am Zählungstichtag einen Einblick in deren sozio-ökonomische Gliederung.

Bei der Auswertung des gebäude- und wohnungsstatistischen Teiles der Zählung wird die eine oder andere Gemeinde (insbesondere die Großstädte) einen Blick über die Gemeindegrenzen werfen. Wohnungsbelegungsmuster, Struktur und Ausstattung der Wohnungen, Mieten, Art der Nutzung von Gebäuden erschließen Sachverhalte, die von allen Kommunen gleichrangig hoch eingeschätzt werden.

---

\*) Entwicklung einer Familiendatei im Rahmen des Münchener Mikrodemografischen Analysesystems, Heft 2, Jg. 1980, S. 37-44.

Gemeindliche Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung haben die Nachfrage nach wirtschaftsstatistischen Daten bei den Städten erheblich wachsen lassen. Das Material der Arbeitsstättenzählung, das die Arbeitsstätten- und Beschäftigtenstruktur beschreibt, ist die tragende Säule des wirtschaftsstatistischen Datenmaterials der städtestatistischen Ämter. Damit wird auch hier die Möglichkeit geboten, den zwischengemeindlichen Vergleich zu aktualisieren und zu erweitern, insbesondere weil der laufenden Fortschreibung wirtschaftsstatistischer Daten enge Grenzen gesetzt sind.

Diese, nur schlagwortartig beschriebene Bedeutung der einzelnen Zählungsinhalte für die Kommunen, im Kontext mit konkreten Fragestellungen, gibt dem Statistiker den Rahmen für die Aufbereitung des Zensusmaterials vor.

Dabei stellt sich die Frage, in welcher Form die interessierenden Sachverhalte dargestellt werden sollen. Sicher ist, daß auf Rohwerte wie Zahl der Einwohner, Zahl der Ausländer, Zahl der Erwerbstätigen, Zahl der Haushalte etc. auch im interkommunalen Vergleich nicht verzichtet werden kann. Wohl aber gibt es gemeinsame Anliegen, die sich mit Indikatoren operationalisieren lassen. Ohne hier umfassend ausführen zu wollen, mit welchen Indikatoren welche Fragestellungen zu beantworten sind, seien im folgenden einige Beispiele genannt. Grundsätzlich ist zwischen Strukturkennziffern, Flächenausstattungs- bzw. Arealitätsziffern und Versorgungskennziffern<sup>1)</sup> zu unterscheiden. Strukturziffern werden als Anteilzahlen aus dem Verhältnis Teilmasse zu Gesamtmasse meist in Prozentzahlen berechnet und häufig als Quoten bezeichnet. So zeigt z. B. die Erwerbsquote, in welchem Umfang die Erwerbstätigkeit in den verschiedenen Städten differiert. Sie berechnet sich nach der folgenden Formel

$$\frac{\text{Erwerbspersonen bzw. Erwerbstätige}}{\text{Wohnungsbevölkerung}} \times 100$$

In gleicher Weise lassen sich Quoten zur Alters-, Sozial-, Beschäftigten- oder Baustruktur berechnen.

Flächenausstattungs-ziffern zeigen, wie groß die Fläche einer bestimmten Art ist, die auf den einzelnen Bewohner entfällt. So gibt die Arealitätsfläche die Größe der Fläche an, die bei gleichmäßiger Verteilung auf einen Einwohner entfallen würde. Der reziproke Wert hierzu stellt die Bevölkerungsdichte dar. Spezifische Flächenausstattungs-ziffern können zugleich auch als Maßzahl des räumlichen Versorgungsstandards der Bevölkerung verwendet werden.<sup>2)</sup> Als Beziehungszahlen kommen beispielsweise Grünflächen, Erholungsflächen oder sonstige Freiflächen in Frage.

Als dritte Indikatorengruppe bieten sich schließlich die Versorgungskennziffern (Zentralitätsindikatoren) an, welche die Versorgung der einzelnen Orte mit zentralen Einrichtungen nach der Formel

$$\frac{\text{Zahl der zentralen Einrichtungen}}{\text{Einwohner}} \times 1000$$

wiedergeben.

<sup>1)</sup> Boustedt, Olaf: Grundriß der empirischen Regionalforschung, Teil IV: Regionalstatistik, S. 124-147. – <sup>2)</sup> Boustedt, Olaf: a. a. O. S. 137.

Beispiele für solche Versorgungskennziffern je 1000 Einwohner sind:

- Besatz mit Apotheken
- Besatz mit Fachärzten
- Besatz mit Fachgeschäften
- Besatz mit Kinos und Theatern.

Zum interkommunalen Vergleich, als ein Baustein der Auswertungsprogramme, sollen abschließend noch einige methodische Bemerkungen gemacht werden.

### **Methodische Aspekte zum Städtevergleich**

Der interkommunale Vergleich beschränkt sich in der Regel in den statistischen Veröffentlichungen auf eine Auflistung der Rohdaten, gegebenenfalls auf den einen oder anderen Relativwert. Dies liegt sicher einmal (bei den Großstädten über 500 000 Einwohnern) an der geringen Fallzahl der zum Vergleich herangezogenen Städte, zum anderen an den wenigen Merkmalen, die zwischen den Zählungen zur Verfügung stehen. Mit den verdichteten Zensusdaten der einzelnen Zählungsteile lassen sich Merkmalsausprägungen und Merkmalsverknüpfungen auf den verschiedensten Aggregatstufen statistisch beschreiben und analysieren. Diese Möglichkeiten könnten durchaus für den interkommunalen Vergleich ausgeschöpft werden. So kann sich z. B. eine Stadt mit über 100 000 Einwohnern mit 64 anderen Städten in dieser Größenklasse vergleichen. Das wäre eine durchaus akzeptable Stichprobe zur Berechnung statistischer Parameter. Als Beschreibungsgrößen statistischer Reihen bieten sich die Berechnungen von Mittelwerten, Differenzen, Streuungsmaßen und Extremwerten an. Sie beantworten die Frage, wie unterschiedlich/gleichartig sich die Städte untereinander in ihren Zahlenwerten darstellen. Die Berechnung von Rangfolgen bezüglich eines oder mehrerer Merkmale verdeutlicht Größer-/Kleinerbeziehungen der Vergleichsstädte. Als letztes Methodenbeispiel des Städtevergleichs sei die Typisierung erwähnt, die mit Hilfe von Clusteranalyse oder Diskriminanzanalyse vorgenommen werden kann, aber auch durch kartografische Darstellung der Merkmale zu erreichen ist. Hierbei werden Gruppen von Städten mit gleichen oder ähnlichen Merkmalen/Merkmal kombinationen gebildet.

### **Schlußbemerkung**

Es mag ungewöhnlich erscheinen, bei den Überlegungen für ein Auswertungskonzept der „Zählung 1983“ in diesem Beitrag den kleinen Bereich des Städtevergleichs vorgezogen zu haben. Dies ist jedoch gerechtfertigt, da die Bedeutung und die Nutzungsmöglichkeiten der Volkszählungsdaten unter Einsatz des statistischen Instrumentariums für die Städte mit diesem Beispiel angedeutet werden konnte.

*Dipl.-Geograf Florian Breu*